

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Zeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Das Arbeitslosenproblem im Reichstag

Es soll Arbeit beschafft werden. — Ein dreijähriges Bauprogramm. — Die Reichsregierung erwartet bestimmt, daß in der zweiten Jahreshälfte der Wohnungsbau stärker als bisher einsetzt.

Langsam, allzu langsam setzt sich die Erkenntnis durch, daß es mit unserem Willensheer von Arbeitslosen so nicht weitergehen kann. Mit der dürftigen Erwerbslosenunterstützung kann sich eine Familie nur Wochen über Wasser halten. Auf längere Zeit geht das nicht, oder vollständige Verelendung müßte die Folge sein, von den politischen Folgen ganz zu schweigen. Es muß also, koste es, was es wolle, Arbeit beschafft werden.

Mit diesem Problem hat sich in längeren Beratungen der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigt. Der Ausschuss betont in einer Entscheidung, daß zu den Erwerbslosenunterstützungen ein großzügiger Plan der Arbeitsbeschaffung treten muß. Die Regierung wird ersucht, durch Bereitstellung der nötigen Mittel die Durchführung des Programms zu ermöglichen, das der Ausschuss für die Arbeitsbeschaffung aufgestellt hat. Dazu sollen gehören:

Straßenbau und Straßenerneuerung, Kultivierung von Niedlandflächen und Moorgebiete, Schiffbarmachung deutscher Flüsse und Kanalbauten, Fluß- und Bachregulierungen zur Gewinnung von Wasserkräften, Wohnungsbau, Elektrifizierung der Eisenbahnen.

Die Reichsregierung wird ferner ersucht, zu prüfen, ob die Schwierigkeiten beim Auslandskredit nicht behoben werden können. Sie soll bei den Reparationsleistungen auf die Gewinnung langfristiger Sachlieferungen hinwirken und untersuchen, inwieweit der große Andrang von täglichem Geld, das zum Teil zu reinen Spekulationszwecken im In- und Ausland verwendet wird, der produktiven Wirtschaft Deutschlands zugeführt werden kann. — Nach dem Ausschussbericht haben wir in Deutschland 180 000 Kilometer Straßen, die dem neuzeitlichen Verkehr aber nicht mehr genügen, und 3 Millionen Hektar an Niedland und Sümpfen, die kultiviert werden können.

Zu diesem Programm nahm im Reichstag Reichsarbeitsminister Dr. Brauns Stellung. In großangelegter Rede führte er u. a. aus:

Die Reichsregierung hat es dankbar begrüßt, daß der volkswirtschaftliche und der soziale Ausschuss sich eingehend mit der gegenwärtigen besonderen Lage des Problems der Arbeitslosigkeit befaßt haben. Ich darf mit Befriedigung feststellen, daß eine volle Übereinstimmung zwischen Reichstag und der Reichsregierung in allen grundsätzlichen Fragen besteht.

#### Wie steht es mit dem Arbeitsmarkt?

Die behauerliche Steigerung der Arbeitslosigkeit letzte bekanntlich ein im Herbst 1925. Und zwar damals mit 473 000 Hauptunterstützungsempfängern am 15. November. Der höchsten Stand erreichte diese Ziffer am 15. Februar 1926 mit rund zwei Millionen; dazu kamen die zu unterstützenden Angehörigen. Eine Begleiterscheinung der allgemeinen Arbeitslosigkeit war dann die weitverbreitete Kurzarbeit. Ähnliche Ziffern darüber lassen sich nicht geben. Wir sind angewiesen auf die Gewerkschaftsstatistik, und auch die wird nur in einem Bruchteil der Verbände geführt. Man kann aus diesen teilweisen Statistiken wenigstens das eine schließen, daß während des ersten halben Jahres 1926 die Zahl der Kurzarbeiter derjenigen der Vollerwerbslosen ungefähr gleich war. Gegenüber dem Höchststand vom Februar ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger bis zum 15. Mai von rund 2 Millionen auf 1 742 000 verringert. Der gewaltige Umfang der Erwerbslosigkeit bleibt also auch heute noch bestehen, zumal, da der letzte Monat wiederum sogar kleinere Steigerungen aufweist. Die Gründe liegen, abgesehen von der weltwirtschaftlichen Depression und der Inflationskonkurrenz anderer Länder, vornehmlich in der Zunahme der Erwerbstätigen, in der Rationalisierung unserer Wirtschaft, in der geringen Kaufkraft der Landwirtschaft und in der starken Beschränkung des Baugewerbes. Nun ist es ja schon, aus diesen Zahlen ohne weiteres auf eine entsprechend große Zahl von langfristigen Erwerbslosen zu schließen. Wohl gibt es Betriebe und Bezirke, bei denen solche Schlüsse eine gewisse Berechtigung haben. Ich denke da an die Angestellten und an das Ruhrrevier, besonders den südöstlichen Teil. Im ganzen gesehen ist die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt größer, als allgemein angenommen wird. Sou den 473 000 Arbeitslosen am 15. November v. J. waren sechs Monate später, also am 15. Mai noch in der Unterstützung 186 000, nicht ganz 40 Prozent Verhältnismäßig günstiger ist die neue Zahl. Von den 1 062 000 Hauptunterstützungsempfängern am 15. Feb. v. J. waren am 15. Juni noch in der Unterstützung

276 000, also etwas mehr als 25 Prozent. Aus diesen Feststellungen folgt meines Erachtens zweierlei:

1. daß die Arbeitslosenunterstützung die Aufnahme der Arbeit nicht verhindert hat; deshalb durfte und mußte sich die Reichsregierung auch zur Fortführung der gegenwärtigen Unterstützung entschließen;

2. folgt aus der Statistik, daß eine besondere Fürsorge für die Auszubereitenden unbedingt erforderlich ist.

Ungeachtet der Fortdauer der Kurzarbeit muß insbesondere auch die Kurzarbeiterunterstützung vorläufig fortgesetzt werden. In Anbetracht der langen Dauer auch der Kurzarbeit will die Reichsregierung hier gewisse Ergänzungen vornehmen. Es soll nach sechs Wochen keine Unterbrechung der Unterstützung mehr eintreten, solange die Vorbedingungen der Fürsorge fortbestehen; erst wenn diese Voraussetzungen wenigstens vier Wochen fortgefallen sind, soll eine Parteipflicht verlangt werden. Zur

#### Frage der Arbeitsbeschaffung

darf das deutsche Volk überzeugt sein, daß die Reichsregierung diese Aufgabe in der ganzen Größe und Bedeutung erkennt, die ihr zukommt. Freilich haben wir im Frühjahr ein stärkeres Sinken der Erwerbslosenziffer für die Sommermonate erwartet. Die Reichsregierung hat dem chronischen Charakter des Übels Rechnung getragen durch ihre wirtschaftspolitischen, durch außergewöhnliche Maßnahmen in der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge und durch beträchtliche Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Die Ziffer der bei Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen stieg von 278 700 am 15. Dezember 1925 auf 170 105 am 15. Mai 1926. Das ist die höchste Ziffer von Notstandsarbeitern, die nach der Inflation in Deutschland und wohl auch überhaupt in irgendeinem Lande in der Welt erreicht worden ist. (Bewegung.) Darin ist die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht enthalten.

Der Arbeitsminister warf dann die Frage auf, was an außerordentlichen Maßnahmen für die Zukunft geschehen solle. Außerordentliche Anstrengungen seien schon deshalb gerechtfertigt, weil aller Voraussicht nach der Arbeitsmarkt spätestens vom Jahre 1929 ab infolge des Geburtenanstiegs während des Krieges eine wesentliche Erleichterung erfahren müsse.

Die Reichsregierung wird es an dem nötigen Ernst und der notwendigen Entschlossenheit und Beschleunigung ihrer Maßnahmen nicht fehlen lassen. Sie wird vor allem für ihre arbeitbeschaffenden Maßnahmen sich dadurch eine breitere finanzielle Grundlage schaffen, daß die bestehenden Ausgaben nicht allein mehr aus Mitteln des Etats, sondern aus Anleihen bestritten werden sollen, zumal bei der Durchführung eines großen Programms von Wasserstraßenbauten, das der Reichsverkehrsminister angezettelt und das Kabinett grundsätzlich gutgeheißen hat. Zu Betracht kommen in erster Linie Fortführung der noch nicht fertigen Teile des Mittellandkanals, das Staubecken Ottmahn, der Panjokanal, der Küstkanal und die Kanalisierung des unteren Rheins.

Die Reichsregierung ist ferner entschlossen, neue Maßnahmen zur Förderung der sog. Schlüsselgewerbe zu treffen. Schlüsselgewerbe hat die ganze deutsche Volkswirtschaft hat die Landwirtschaft. Weiterhin wird sich die Reichsregierung für die Kultivierung von Niedland einsetzen, wo das volkswirtschaftlich vertretbar ist. In hohem Maße Schlüsselgewerbe ist auch die Eisenindustrie, und zwar sowohl die eisenhaltende wie die eisenverarbeitende Industrie. Gerade diese Industrie leidet zurzeit besonders. Nicht zuletzt sind die Leiden der Rührindustrie schuld an dem schwierigen Verhältnissen. Dieser Industrie wird der erweiterte Kanal möglich sein.

Sicher wäre, wenn die Reichsbahn-Gesellschaft trotz des auch auf ihr liegenden wirtschaftlichen Druckes sich durch Auswohl und Beschleunigung ihrer Anträge in den Dienst einer großzügigen Arbeitsbeschaffung stellen würde. (Sehr wahr!) Die Reichsregierung ist bereit, durch Übernahme von Garantien dieses Vorhaben zu fördern, wie sie es auch schon bisher getan hat. Darüber hinaus glaubt die Reichsregierung, daß die außerordentliche Lage es rechtfertigt, der Reichsbahn-Gesellschaft nötigenfalls eine Zinsermäßigung für derartige Ausgaben zu gewähren. Die Anlagen der Reichsbahn bleiben ja Eigentum des Reiches, und solche Auswendungen kommen dem Reich wieder zugute. Die Reichsbahn

wird nach den bisherigen Verhandlungen grundsätzlich zustimmen. Auch beschlossene Bahnbauten sollen durch Kreditgewährung unterstützt werden.

Die Reichspost hat eine Anleihe von 120 Millionen aufgenommen, die schon jetzt dem Arbeitsmarkt so zugute kommt, daß gewisse Industriezweige dadurch voll beschäftigt sind.

Die Reichsregierung erwartet ferner bestimmt, daß im Baugewerbe im Laufe der zweiten Hälfte der Bauperiode

#### der Wohnungsbau

stärker als bisher einsetzt. Die Hauszinssteuer wird besser als bisher fließen. Soweit es daran noch fehlt, stellt das Reich einen Zwischenkredit zur Verfügung, wenn sich die Länder verpflichten, ihn zwischen dem 1. Oktober und dem 1. Januar zurückzahlen.

Eine Förderung des Wohnungsbaues auf dem Lande ergibt sich aus der Unterstützung der landwirtschaftlichen Siedlung. Außerdem will die Regierung aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge den Wohnungsbau für landwirtschaftliche Arbeiter in beträchtlich größerem Umfange betreiben. Sie will dadurch ausländische Arbeiter, die sich in landwirtschaftlicher Dauerbeschäftigung befinden, durch deutsche Kräfte ersetzen. Es handelt sich hier immer noch um etwa 50 000 Arbeitsstellen. (Hört! hört!)

Inwieweit die industrielle Umsiedlung über das bisherige Maß hinaus aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge betrieben werden kann und soll, unterliegt noch der Nachprüfung.

#### Das Wichtigste ist, daß schon im Herbst ein einheitliches Bauprogramm

für die nächsten drei Jahre aufgestellt wird. Das ist die unerläßliche Voraussetzung für den Abban der Zwangswirtschaft auf diesem Gebiete.

Wichtige Arbeitsmöglichkeiten sind im Straßenbau gegeben. Vor allem handelt es sich um Anpassung des bestehenden Straßennetzes an die neuen Verkehrsbedürfnisse, insbesondere an den Autoverkehr. Daneben laufen andere wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche dem Wirtschaftsministerium unterstehen. Von der außergewöhnlichen Bedeutung der Arbeitsbeschaffung müssen alle behördlichen Stellen in Reich, Ländern und Gemeinden unbedingt durchdrungen sein. Die Reichsregierung wird mit der Aufgabe der planvollen Arbeitsbeschaffung eine besondere Kommission unter Leitung des Arbeitsministers betrauen, die in enger Fühlung mit den Ländern arbeiten soll. Wir sind uns klar darüber, daß mit all diesen Maßnahmen allein die gewaltige Krise nicht zu überwinden ist, aber das wollen wir nach Möglichkeit erreichen; die Krise soll joweit als möglich erleichtert, und die Folgen sollen für die Beteiligten nach Möglichkeit gelindert werden. (Lebhafter Beifall.)

Nach kurzer Ansprache über die Rede des Ministers wurden die Vorschläge des Ausschusses mit allen gegen die kommunistischen Stimmen angenommen.

#### Die ersten praktischen Maßnahmen

Der Behördenapparat scheint diesmal schneller arbeiten zu wollen, als man sonst an ihm gewohnt ist. Im Anschluß an die oben mitgeteilte Programmrede des Reichsarbeitsministers, hinter der übrigens das gesamte Reichskabinett stand, haben sofort Beratungen zwischen den beteiligten Ministern und dem Reichskabinett begonnen. Diese führten bis zum 8. Juli zu folgendem Ergebnis:

Das Reich ist bereit, der Reichsbahn-Gesellschaft ein Darlehen von 50 Millionen Mark zur Fertigstellung begonnener Bahnbauten unter besonders günstigen Bedingungen zu gewähren. Von diesen Mitteln soll ein möglichst hoher Betrag schon im Laufe dieses Jahres in Bezirken mit besonders großer Arbeitslosigkeit verausgabt werden. Ferner hat die Hauptverwaltung der Reichsbahn sich bereit erklärt, außer den Anträgen, die sie bereits herausgegeben hat, weitere Aufträge im Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark zu vergeben, falls das Reich ihr dabei finanziell behilflich ist. Ueber die Art dieser Hilfe sind die Verhandlungen bereits im Gange. Die neuen Aufträge werden insbesondere der Eisenindustrie zugute kommen. Es ist anzunehmen, daß auch der Verwaltungsrat der Reichsbahn seine Zustimmung zu diesen Maßnahmen erteilen wird.

Auch die Reichspost wird das für dieses Sommerjahr aufgestellte Auftragsprogramm, das an sich schon mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit reichlich bemessen war, noch erweitern.

Die Wasserstraßenbauten, die bereits die Genehmigung des Reichstages erhalten haben, sollen beschleunigt und verstärkt zur Durchführung kommen.

Im übrigen ist die Reichsregierung grundsätzlich entschlossen, neue Wasserstraßenbauten in Angriff zu nehmen, zu denen insbesondere das Reichsamt des Mittelstandes gehört, und die Vorarbeiten für die Ausführung dieser Arbeiten so zu beschleunigen, daß sie in Gang gesetzt werden können, sobald die erforderlichen Vereinbarungen mit den Ländern getroffen sind.

Auch der Bau von Landarbeiterwohnhäusern soll verstärkt betrieben werden. Hierfür werden 30 Millionen Mark in diesem Jahre neu in den Haushaltsplan eingelegt. Ferner sollen die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine wesentliche Verstärkung über das im Haushaltsplan vorgezeichnete hinaus erfahren.

Eine Velebung der Bauaktivität soll durch Erleichterung der Bedingungen für den Reichskredit für erste Hypotheken und durch Verstärkung der Mittel für die Hauszinssteuerhypotheken erreicht werden.

Die beschlossenen Maßnahmen haben die Zustimmung des Reichsfinanzministeriums gefunden, weil die gegenwärtige Lage des Geldmarktes die Möglichkeit eröffnet, Mittel für werbende Anlagen, wie sie hier überwiegend in Frage kommen, im Wege der Anleihe zu beschaffen, und weil der Rückgang der Zahl der Erwerbslosen die Ausgaben für die Unterstützung verringert und damit die laufenden Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden vermindert. Die bis jetzt gefaßten Beschlüsse werden die Arbeitslosigkeit zwar nicht beseitigen, aber immerhin in merklichem Umfange lindern. Auf jeden Fall ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mit ihnen noch nicht erschöpft. Zu seiner weiteren Durchführung ist die von dem Reichsarbeitsminister in seiner Reichstagsrede angekündigte Ministerialkommission eingesetzt und mit den erforderlichen Befugnissen ausgestattet worden. Sie wird in enger Fühlung mit den Regierungen der Länder vorgehen.

Es handelt sich also nach der Meinung der Regierung selbst um einen ersten Schritt, dem hoffentlich bald weitere folgen werden. Das die eingeleitete Ministerialkommission angeht, so wünschten wir, daß sie keine reine Ministerialkommission bleibe, sondern durch Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber verstärkt würde.

**Warum kam das Baugewerbe nicht in Gang?**

Man und für sich betrachtet, könnte die Tatsache des bisherigen Darunterliegens der Bauaktivität überraschen. Sessentliche Mittel fanden dem Wohnungsbau auf Grund der gesetzlichen Maßnahmen kaum in geringerer Höhe zur Verfügung als im Vorjahr, und auch der private Geldmarkt ist heute keineswegs in schlechterer Verfassung als vor einem Jahre. In Preußen wurde zwar vor einigen Monaten die Hauszinssteuer von einer Zufallsmaßnahme des Landtages abgelehnt; es galt aber eine Zwischenregelung, die im wesentlichen den alten Zustand aufrechterhielt. Eine außergewöhnliche Hilfe wurde dem Wohnungsbau dadurch zuteil, daß im letzten Frühjahr das Reich 20 Millionen Mark als Zwischenkredit zur Verfügung stellte.

Die hauptsächlichsten Gründe für die dennoch eingetretene starke Hemmung des Baugewerbes dürften in folgendem zu suchen sein: 1. Der monatelange und noch nicht überwundene schlechte Geschäftsgang in den Hauptindustrien führte naturgemäß zu einer Beschränkung der industriellen Bauaktivität. Teilweise dürften lohnpolitische Gründe in der gleichen Richtung gewirkt haben. 2. Die Reichsbahn, die vordem einer der Hauptauftraggeber des Baugewerbes war, trägt heute einen Hauptteil der Reparationslast und schränkte aus diesem Grunde ebenfalls ihr Bauprogramm stark ein. 3. Durch die Ablehnung der Hauszinssteuer in Preußen war eine Unsicherheit in die Reihe der Bauaufträge und Gemeinden getragen, die auch durch die bekannte Zwischenregelung nicht gebannt werden konnte und jedenfalls hemmend auf den Wohnungsbau gewirkt hat. 4. Der vom Reich gegebene Zwischenkredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues in Höhe von 20 Millionen Mark verfiel deshalb seine wohltätige Wirkung, weil er auf ein Jahr befristet, seine praktische Nutzung also nur etwa 10 Monate möglich war. Tatsächlich ist er nur zu einem kleinen Teil abgerufen worden. 5. Die dem Wohnungsbau bestimmungsgemäß zufallenden Hauszinssteuererträge des Jahres 1926 sind zum erheblichen Teil bereits im Jahre 1925 vorweggenommen worden. Sie sind mit 80000 unvollständigen Wohnungen ins neue Baujahr getreten, die wegen Erhöhung der Mittel größtenteils bis heute nicht fertiggestellt werden konnten. Dadurch wird bewiesen, daß die verhältnismäßig hohe Baukosten für das vergangene Jahres zum guten Teil mit Mitteln ermöglicht wurde, die eigentlich erst in diesem Jahr hätten verbaut werden sollen. Und 6. scheint die Behandlung der Baugesuche und die Heranbringung der Baugelder an die Bauenden seitens der staatlichen Behörden diesmal noch langsamer und schwerfälliger vor sich gegangen zu sein als in früheren Jahren, trotzdem auch damals schon mit Recht viel geklagt wurde.

**Die besseren Aussichten für den Rest der Bauperiode**

gebunden sich nicht nur auf das oben besprochene Arbeitsbeschaffungsprogramm. In Preußen ist inzwischen das Hauszinssteuergesetz wieder in aller Form und in verbesserter sozialer Gestalt beschlossen worden. Den Gewerben und den Bauaufträgen ist damit die sichere Grundlage für die Planung und Ausfühung zurückgegeben. Das Reich hat seinen Wohnungsbaukredit auf drei Jahre verlängert. Es wird voraussichtlich dem Wohnungsbau dauernd zur Verfügung stehen.

Dennoch möchten wir vor einem übertriebenen Optimismus warnen. Die Regierung hat erst einen schwachen Anfang mit praktischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht. Für den Erfolg wird entscheidend sein, ob die Behörden die erforderliche schnelle Entschlossenheit und Durchsetzbarkeit an die wirtschaft-

lichen Notwendigkeiten aufbringen. Das aber sind Tugenden, die der Bürokratie erfahrungsgemäß am meisten abgehen. Sollen wir verhalten wir uns Verbredungen gegenüber abwartend. Hatte nicht der preußische Landtag im letzten Winter ein Wohnungsbauprogramm beschlossen, wonach in diesem Jahre mindestens 100 000 Wohnungen in Preußen gebaut werden sollten? Es dürften einige weniger werden! Unser Pessimismus wird deshalb erst in dem Augenblick schwinden, wenn wir sehen, daß allseitig mit Ernst und Tatkraft an der Verwirklichung des als notwendig Erkannten gearbeitet wird. Für die Reichsregierung und den Reichstag bedeutet das, daß sie nicht nur etwas wollen und von oben Maßnahmen einleiten, sondern daß sie auch scharf darauf achten, daß das ihrerseits Gewollte und Eingeleitete unten auch durchgeführt wird.

**Ein Brief**

Saarbrücken, den 10. Juli 1926.

Alle Kollegen unseres Verbandes! -  
Bester Kollege!

Heute möchte ich einmal ganz vertraulich ein Viertelstündchen mit Dir plaudern. Gegenstand dieser Plauderei soll aber nicht etwa das endlich eingetretene herrliche Sommerwetter sein, trotzdem wir uns als Bauarbeiter mit vollem Recht über dieses Wetter freuen dürfen, zumal es nun lange genug gerechnet hat, wodurch uns außerordentlich viel Arbeitsverdienst verloren ging. Wir wollen uns heute über einige sehr wichtige interne Fragen unseres Verbandes unterhalten, und dabei eine kleine Gewissenserforschung anstellen. Solche Gewissenserforschungen können, wenn sie gründlich vorgenommen werden, absonst nichts schaden. Es wäre sogar ganz gut, wenn wir sie zu einer regelmäßigen Einrichtung unseres Lebens machen würden.

Du weißt als aufrechter Berufskamerad aus eigener Erfahrung heraus, daß wieder sehr viele unserer Kollegen außerhalb unserer Reihen marschieren und sich sehr wenig Gedanken darüber machen, was wir als Arbeiter zu tun haben, wenn wir uns die heutige Stellung in Staat und Wirtschaft und unseren Einfluß auf diese Organe erhalten wollen, und die sich noch viel weniger Gedanken darüber machen, was wir tun, um diese unsere Stellung im staatlichen und wirtschaftlichen Leben noch erheblich zu verbessern. Ich nehme von Dir natürlich ohne weiteres an, daß Du zu den Kollegen gehörst, die sich ihrer Pflicht und Verantwortung gegenüber den Riesenaufgaben, vor die wir als christlich-nationale Arbeiter gestellt sind, vollumfänglich bewußt sind. Oder gehörst Du zu denjenigen Kollegen, die Gewissensbisse bekommen, wenn ich fragen würde: „Hast auch Du Deine Pflicht in allen Stücken erfüllt?“ Deine Verbandspflichten sind noch lange nicht erschöpft, wenn Du regelmäßig Deine Beiträge bezahlst und Dein Verbandsorgan fleißig studierst. Zu Deinen Pflichten gehört auch das mutige Eintreten für unsere Bewegung auf Deiner Baustelle und in Deinem privaten Leben. Jedes aufrechte Mitglied ist verpflichtet, nach Kräften am Auf- und Ausbau unseres Verbandes mitzuwirken. Vor allem muß es Dein Bestreben sein, dem Verbands jene Kollegen zuzuführen, die noch außerhalb einer Gewerkschaft stehen, und auch ein machsames Augenmerk auf jene Kollegen zu richten, die falsch organisiert sind, also nach ihrer Selbstanschauung zu den christlichen Gewerkschaften gehören. Es ist nicht immer leicht, diese Kollegen für unseren Verband zu gewinnen. Du darfst indessen nicht verzagen und nicht den Mut verlieren, wenn Du bei Deiner Arbeitstätigkeit auf den ersten Anlauf keinen Erfolg hast. Auf den ersten Anlauf fällt selten ein Baum. Du mußt eben ein zweites Mal anlegen und solange Deine Bemühungen fortsetzen, bis Du Dein Ziel erreicht hast. Bei dieser Arbeit muß man immer sehr vorsichtig zu Werk gehen und nicht mit der Tür ins Haus fallen. Viele Kollegen sind sehr empfindsam und erfordern eine ganz besonders aufmerksame Behandlung. Voraussetzung für jede Agitation ist natürlich, daß Du mit allen Kollegen einen echt kameradschaftlichen Verkehr pflegst. Älteren Kollegen gegenüber mußt Du stets zuvorkommend sein, und die Ueberzeugung eines andersdenkenden Kameraden sollst Du achten. Agitation für Deinen Verband ist oft mit großen Opfern verbunden. Solche Opfer dürfen Dich aber nicht abhalten, rührige Verbandsagitation zu betreiben. Die Alten, ich meine damit jene Kollegen, die unsere Gewerkschaften gründeten und förderten, haben ganz andere Opfer gebracht, bis sie sich und unsere Gewerkschaften durchgesetzt hatten. Unsere heutigen Opfer, die der Verband von uns fordert, sind ein Kinderspiel gegen jene Großtaten, denen wir unsere heutige Stellung im Staat und in der Wirtschaft verdanken. Willst also nicht auch Du Hand anlegen und mithelfen, weitere Steine zu unserem Verbandsbau zusammenzutragen? Probier es und versuche, für den Verband in den nächsten Tagen wenigstens einen Kollegen zu gewinnen. Du wirst sehen, daß auch diese Tätigkeit sehr viele Freude bereitet, besonders dann, wenn Du einen Erfolg hast.

Eine besonders schöne Agitationsart ist die Hausagitation. Mancher Kollege schent sich vor dieser, und dennoch kann ich mir keine schönere gewerkschaftliche Betätigung denken. In Hause, in der Wohnung Deines Kollegen, bist Du unter vier Augen mit ihm zusammen. Unter solchen Umständen läßt es sich viel leichter und offener reden. Und glaube mir, die Familie ist eine kleine Hochschule für soziales Studium. Es kann natürlich gar nichts schaden, wenn auch die Frau des Kollegen, den man anspricht, bei der Unterredung zugegen ist. Frauen haben oftmals sehr viel Verständnis für die Notwendigkeit des Anschlusses ihrer Männer an eine Gewerkschaft. Ich weiß, daß Du mir nun erwidern wirst, es sei viel verlangt, wenn man nach täglich achtstündiger Arbeitszeit auch noch den Sonntagmorgen für Hausagitation opfern soll. Gewiß, Kollege, was ich hiermit von Dir fordere, bedeutet ein Opfer für Dich. Aber

ich frage dich: „Ist Dir Deine Gewerkschaft nicht ein solches Opfer wert?“ Wenn nicht, dann trete aus, denn dann bist du nicht würdig, ihr anzugehören. Denke auch in diesem Falle zurück an den hohen Opfergeist, der unsere Alten beselte. Kein Opfer war ihnen zu groß, kein Hindernis unüberwindbar. Mit jähem eisernem Willen bauten sie Stein auf Stein, schritten sie von einem Erfolg zum anderen, trotzdem sich ihrer Arbeit Widerstände hundertfältiger Art entgegenstellten. Für wen arbeiteten diese Kollegen? Für wen brachten sie diese Opfer? Wenn galt ihr Werk? Für wen litten sie? Doch nur für die soziale und wirtschaftliche Hebung des Arbeiterstandes, des Bauarbeiterberufes. Ihnent danken wir die Befreiung der deutschen Arbeitnehmer aus Schuldschuld, Anrechtlosigkeit und Abhängigkeit. Wohlan, lieber Kollege, diesem aus dem Schweiß und den Opfern der Väter geschaffenen Werke wollen wir treu bleiben. In diesem Werke wollen wir ebenso fleißig, willig und selbstlos weiterarbeiten und kein Opfer scheuen, wenn es gilt, unserer Bewegung einen Dienst zu erweisen.

Jedes aufrechte Mitglied muß sich als Vertrauensmann des Verbandes fühlen. Die pünktliche Bezahlung der Verbandsbeiträge ist eine Selbstverständlichkeit. Dabei mußt Du Dein Verbandsbuch stets in guter Ordnung halten und Deine Beitragsmarken sauber einkleben. Es kann nichts schaden, wenn Du Dein Mitgliedsbuch in einem Pappumschlag aufbewahrst, damit es gut erhalten bleibt. Das Mitgliedsbuch ist gewissermaßen ein Spiegel Deines Intellekts. Von der Ordnungsmäßigkeit desselben kann man sehr oft auf den Ordnungssinn des Beitragenden schließen. Deshalb halte Dein Buch in Ordnung und zahle regelmäßig Deine Beiträge. Lege auch gewissenhaft Deine Verbandszeitung und treibe Dir wichtige Mitteilungen und Artikel an, damit Du sie leichter wiederfindest, wenn Du einmal eine wichtige, früher erschienene Mitteilung nachschlagen willst. Dazu gehört natürlich, daß Du die Verbandszeitungen aufbewahrst, oder sie wenigstens, nachdem Du sie gelesen hast, einem Iu- oder Fachorganisierten gibst.

Wenn Du die Beratungen des 11. Kongresses der christlichen Gewerkschaften in Dortmund und dessen Beschlüsse verfolgt hast - ich halte dies wenigstens für selbstverständlich - dann kennst Du die Riesenaufgaben, die sich unsere Gesamtorganisation für die Zukunft auf staatspolitischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet gestellt hat. Je weiter wir in das staatliche und wirtschaftliche Leben eindringen, je mehr wir an Einfluß gewinnen, desto größer wird unsere Verantwortung, und desto mehr haben wir uns zu schulen und zu rüsten, um den mit dieser Verantwortung verbundenen Anforderungen gewachsen zu sein.

Bist Du auch ein regelmäßiger und pünktlicher Versammlungsbesucher, oder gehörst Du zu denjenigen Kollegen, die nur dann in die Versammlung kommen, wenn Bericht über die neue Lohnzulage erstattet wird, sonst aber nie daran denken, auch an Versammlungen teilzunehmen, in denen belehrende Vorträge gehalten werden? Die Versammlung ist der Ort, wo Beschlüsse gefaßt und Stellung zu den laufenden Fragen genommen wird. In der Versammlung kannst Du offen und frei Deine Meinung äußern und Deinem etwaigen Unmut Luft machen. Selbstverständlich muß Deine Kritik sachlich und von guter Absicht getragen sein. Kritik ist nur dann fruchtbar, wenn man an Stelle des Bemängelten Besseres zu setzen weiß. Viele Kollegen tun sich groß darin, wenn sie auf der Baustelle, möglichst noch in der Nähe des Unternehmers oder dessen Stellvertreter, mächtig über den Verband und dessen Funktionäre losziehen und an diesen keinen guten Fehlsprechen. Der Verband muß dann oftmals für Dinge herhalten und verantwortlich sein, zu denen er überhaupt keine Beziehungen hat. Solche Kollegen wissen gar nicht, wie töricht und verantwortungslos sie handeln. Sie übersehen ganz, wie sehr sie damit unseren Gegnern schaden. Zu diesen Gegnern gehören auch die Funktionäre, die in welchem Maße sie ihren eigenen Interessen dienen und in welchem Maße sie die Interessen der Bauarbeiter vertreten. Du darfst Dich von einer solchen Handlung frei.

Es kommt ab und zu einmal vor, daß der eine oder andere Kollege seine Verbandszeitung nicht regelmäßig erhält, oder daß bei ihm längere Zeit die Beiträge nicht kassiert werden. In einem solchen Falle darf man nicht gleich über die ganze Bewegung schimpfen oder sofort den Austritt erklären. Man muß zunächst den Vertrauensmann zur pünktlichen Erfüllung seiner übernommenen Pflichten auffordern und, wenn dies nicht hilft, der zuständigen Verwaltungsstelle Mitteilung machen. Glaube mir, so werden Unregelmäßigkeiten rascher und besser beseitigt als mit lamentieren und überhöhtem Gaudeln.

Bester Kollege, ich habe Dir in diesem Briefe nichts Neues gesagt. Du wirst dieselben Gedanken schon öfters in dieser oder jener Form gehört oder gelesen haben. Und trotzdem schadet es nichts, wenn wir uns ab und zu einmal über die grundsätzlichen und technischen Fragen unserer Bewegung unterhalten. Ich wünsche nur, daß Du beim Lesen dieser Zeilen in der Tat eine Gewissenserforschung anstellst und den ernststen Willen hast, etwaige an Dir entdeckte Mängel zu beseitigen, um ein vollwertiges Mitglied unseres Verbandes zu werden.

In diesem Sinne grüßt Dich freundlichst  
Gustav Maurer

**Tagung des zentralen Schiedsgerichts**

30. Juni, 1. und 2. Juli 1926  
(Schluß)

**Schiedsgericht für die Provinz Brandenburg**

Das zentrale Schiedsgericht für das deutsche Baugewerbe hat am 2. Juli 1926 für den Bezirk Brandenburg über die Beschwerde der zuständigen Bauarbeiterorganisationen verhandelt.

Die Parteien, nämlich die vier Bauarbeiterorganisationen und der Brandenburgische Baugewerbeverband, beantragten übereinstimmend, endgültig festzustellen,

welcher Lohn in dem Lohngebiet Brandenburg für die Arbeiter der Mitglieder des Brandenburgischen Baugewerbeverbandes im Lohngebiet Brandenburg als jetzt geltender Tariflohn anzusehen ist. Das zentrale Schiedsgericht hat dahin entschieden:

Als Tariflohn für die von Mitgliedern des Brandenburgischen Baugewerbeverbandes im Lohngebiet Brandenburg beschäftigten Arbeiter gilt der bisher gezahlte bzw. zu zahlende Lohn, nämlich für:

1. Maurer einschl. 1 Pfg. Werkzeugzulage f. die Stunde 1,—
2. Kalf- und Steinträger " " " 0,99
3. Für die Bauhilfsarbeiter " " " 0,80
4. Für die Zimmerer einschl. Werkzeugzul. f. d. " 1,01

**Schiedspruch für das Sieg-Lahngebiet (Westfälischer Teil).**

Das zentrale Schiedsgericht für das deutsche Baugewerbe hat am 2. Juli 1926 über die Anträge des Baugewerbeverbandes Sieg-Lahn (westfälischer Teil) verhandelt.

Die Parteien beantragten übereinstimmend für den westfälischen Teil des Arbeitgeber-Bezirksverbandes Sieg-Lahn, die Sache zur Verhandlung in den Bezirk mit der Auflage zurückzuverweisen, daß bis zum 10. Juli 1926 eine Einigung der Parteien unter dem Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrats Göbel in Siegen zu versuchen ist. Kommt eine solche Einigung nicht zustande, so entscheidet Herr Amtsgerichtsrat Göbel endgültig.

**Schiedspruch für das Sieg-Lahngebiet (Heffischer Teil)**

Für den heffischen Teil des Arbeitgeber-Bezirksverbandes Sieg-Lahn (Mendorf, Burg, Haiger, Villenburg, Herborn, Langenaubach, Niederfeld, Oberfeld, Sechshelden, Sinn, Kreis Villenburg, soweit dessen Orte vorher nicht genannt sind, Amtsgerichtsbezirk Biedenkopf, Stadt- und Landkreis Marburg, Stadt- und Landkreis Gießen, Lollar, Wehlar Stadt und Land), wurde folgender Schiedspruch gefällt:

Mit Rücksicht auf die in dem heffischen Teil des Bezirksverbandes Sieg-Lahn bestehenden Verhältnisse, insbesondere mit Rücksicht auf den vorliegenden Tarifbruch, wird die Regelung der Löhne den beiderseitigen bezirkslichen Organisationen überlassen. Das Schiedsgericht lehnt demzufolge eine materielle Entscheidung ab.

Die Entscheidung für den heffischen Gebietsteil tritt mit dem Beginn der auf den 1. Juli 1926 folgenden Lohnwoche in Wirksamkeit.

**Schiedspruch für das Unterweser-Emsegebiet**

Das zentrale Schiedsgericht für das deutsche Baugewerbe hat am 2. Juli 1926 auf den Antrag des Bezirksverbandes 5 des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes, betr. Regelung der Tiefbauarbeiterlöhne, im Vertragsgebiet Bremen, Unterweser-Emse, wie folgt entschieden:

Die Parteien erkannten an, daß der Bezirksverband 5 des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes e. V. Tarifvertragskontrahent ist und somit berechtigt war, sein Lohnabkommen für das gesamte Vertragsgebiet Bremen, Unterweser-Emse, zu kündigen.

Die Parteien beantragten, die Sache zur erneuten Verhandlung in den Bezirk mit der Auflage zurückzuverweisen, daß bis zum 10. Juli 1926 eine Einigung der Parteien unter dem Vorsitz des Herrn Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Schminde in Bremen zu versuchen ist. Kommt eine solche Einigung nicht zustande, so entscheidet Herr Dr. Schminde in Gemeinschaft mit zwei Beisitzern, von denen je einer von jeder der beiden Parteien zu stellen ist, endgültig.

Das zentrale Schiedsgericht entschied gemäß diesem Antrage mit der Maßgabe, daß die auf diese Weise vereinbarten oder von Herrn Dr. Schminde und seinen beiden Beisitzern festgesetzten Löhne für die sämtlichen von den drei Arbeitgebervertragskontrahenten beschäftigten Tiefbauarbeiter des gesamten Gebietes Geltung haben.

**Allgemeine Rundschau**

**Mieterhöhungen auf Umwegen**

Bekanntlich sollte die volle Friedensmiete bereits am 1. April d. J. in Kraft treten. Durch Beschluß des Reichstages ist jedoch der Termin auf den 1. Juli hinausgeschoben worden. Als 1. Juli ist also die volle Friedensmiete eingeführt. Das Gesetz spricht allerdings davon, daß „höchstens 100 Prozent der Friedensmiete“ erhoben werden dürfen. Wir erleben es aber jetzt, daß viele Gemeinden über die 100 Prozent bereits hinausgehen. Breslau erhebt 104 Prozent, in Berlin werden, da die Grundsteuer erhöht worden ist, ebenfalls 104 Prozent erhoben werden müssen. Die Gemeinden berufen sich darauf, daß der Vermieter berechtigt ist, in denjenigen Gemeinden, in denen der gemeindliche Zuschlag zur Grundvermögenssteuer mehr als 100 Prozent der staatlichen Grundvermögenssteuer beträgt, den 100 Prozent übersteigenden Betrag auf die Miete umzulegen. Es ist zu befürchten, daß da nach dem neuen Hauszinssteuergesetz die Gemeinden keine Zuschläge zur Hauszinssteuer vom 1. Juli ab mehr erheben dürfen, sie die Grundvermögenssteuer erhöhen, wodurch dann wiederum eine Mieterhöhung eintreten wird. Dazu kommt, daß zu den 100 Prozent Friedensmiete noch besondere Umlagen möglich sind, besonders für Sammelheizung, Warmwassererzeugung, Instandhaltungskosten usw. Manche Länder lassen noch besondere Beträge für Wassergeld, Müllabfuhr, Treppenbeleuchtung, Schornsteinreinigung zu. Außerdem tritt eine Bestimmung in Kraft, die eine Zusatzmiete für zulässig erachtet. Sie besagt nämlich, daß der Vermieter, der nach dem 1. Juli 1926 mit Zustimmung des

**Am 17. Juli 1926 ist der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.**

Mieters bauliche Veränderungen an seinem Grundstück vorgenommen hat, die den Gebrauchswert erhöhen und nicht als Instandsetzungsarbeiten anzusehen sind, die zur angemessenen Verzinsung und Tilgung des aufgewandten Kapitals erforderlichen Beträge auf die Miete umlegen darf. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ nennt das einen kleinen Lichtblick. Sie verspricht sich wohl davon recht viel und hält eine Erhöhung der Mieten auf diesem Umwege für möglich. Das wird dazu führen, daß trotz der Vorschrift der Höchstmiete von 100 Prozent in ganz kurzer Zeit 120 und mehr Prozent der Friedensmiete zu zahlen sind. Wie das die Mieter bei der jetzigen Wirtschaftslage aufbringen sollen, ist ein Rätsel. Außerdem ist die Rechtslage sehr unklar, weshalb schon die Mieterorganisationen aufgefordert haben, die Miete, die über 100 Prozent der Friedensmiete beträgt, unter Vorbehalt zu zahlen. Es wird gut sein, wenn bald Klärung erfolgt, und zwar in dem Sinne, daß wir eine einheitliche gesetzliche Höchstmiete bekommen und die Miete nicht durch die Gemeinden fortgesetzt in die Höhe getrieben wird.

**Der wirkliche Umfang der Arbeitslosigkeit**

Die Regierung zählt die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf 4 1/4 Millionen! Diese ungeheure Ziffer wird folgendermaßen errechnet: Im Juni gab es 1,75 Millionen unterstützte Vollerwerbslose. Hinzukommen 340 000 bereits ausgesteuerte, etwa 20 Prozent der Vollerwerbslosen, auf die sich die Fürsorge nicht mehr erstreckt; bei Notstandsarbeiten sind 170 000 Arbeitslose beschäftigt. Zusammen 2 1/4 Millionen. Die Zahl der Kurzarbeiter kam man wohl mit zwei Millionen an. Am größten ist die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie, im Baugewerbe — trotz der fortgeschrittenen Baujaison — und in der Metallindustrie, während die Kurzarbeit in der Textilindustrie am umfangreichsten ist. Unter den Ungelernten ist die Arbeitslosigkeit größer, als unter den Gelehrten. Trotz der ungeheuren Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit sind die für die Erwerbslosenfürsorge ausgeworfenen Summen viel geringer, als in der Tagespresse vielfach behauptet wurde. Im Jahre 1925 wurden für Erwerbslosenfürsorge insgesamt 273 Millionen Mark verwendet. Im laufenden Jahr, in den vier Monaten Januar bis April 428 Millionen; im April allein 113 Millionen, wovon 40 Millionen auf Beiträge der Arbeitnehmer und Unternehmer entfielen, 15 Millionen auf die Gemeinden, der Rest wurde vom Reich und den Ländern je zur Hälfte getragen.

**Verwöhnte Städter oder rückständige Landwirte?**

Unsere Landwirtschaft klagt seit der Marktstabilisierung über Mangel an Absatz. Sie war in der Kriegs- und Inflationszeit gewöhnt, daß der Käufer ihre Erzeugnisse suchte, während heute umgekehrt die Ware den Käufer anlockt, ihn aufsuchen und umwerben muß. Dieser Umkehrung kam plötzlich und unerwartet. Er legte dem heimischen Landbau die befriedigende Lösung der bisher arg vernachlässigten Absatzfrage auf.

Sie ist ihm noch nicht gelungen. Gewiß ist zum Teil schuld daran die geringe Kaufkraft der breiten Volksschichten infolge der furchtbaren industriellen Arbeitslosigkeit und der Verarmung weiter Mittelstandskreise. Doch das ist nur eine Wurzel des Übels; denn sonst wäre es unerklärlich, daß wir so viele ausländische Lebensmittel einführen, die doch auf den deutschen Märkten willige Käufer finden. Gerade diese Erscheinung ist ein Stein des Anstoßes für unsere Landwirte. Sie scheitern über die veränderte Kost- und Geschmacksrichtung vieler Volksgenossen, die dem Weizenbrot gegenüber dem Roggenbrot den Vorzug geben, die lieber dänische als deutsche Butter essen, lieber holländische als heimische Kartoffeln, lieber ausländisches als deutsches Gemüse. Regierung und Reichstag werden mit Entschlüssen und Forderungen bedacht, die Zollerhöhungen verlangen zur Abtötung des ausländischen Lebensmittelzulaufes. Schließlich appelliert man noch an das nationale Gefühl und die nationale Verbraucherdizziplin: „Eßt deutsche Vollerzeugnisse, kauft deutsches Gemüse usw.“

Gewiß wird jeder volkswirtschaftlich denkende, der weiß, wie schwer es uns hält, unsere Handelsbilanz in Ordnung zu bringen, die allzu starke Bevorzugung ausländischer Lebensmittel durch die veränderte Kostrichtung unseres Volkes bedauern. Er wird aber bei näherem Zusehen finden, daß die Schuld daran nicht allein der böse Wille der verwöhnten Städter hat, sondern auch der deutsche Landbau selbst. Man muß ihn mancher Unterlassungsünden anklagen. Die große Rabe der Bauern hat sich um die Erzeugung von Qualitätswaren bisher wenig gekümmert. Sie muß eine ernste Gewissensreinigung anstellen über die Fragen: Was schulde ich als Erzeuger meinen Verbrauchern? Welche Ansprüche können sie billigerweise an die Güte meiner Erzeugnisse stellen?

Sie notwendig eine solche Selbstreinigung ist, zeigen einige Beispiele.

Weshalb ein Sortenwirrwarr und Mißmacherei herrscht im Kartoffelbau! Die Kartoffeln werden vielfach nicht so befestet und gedüngt, daß eine wirklich gute und schmackhafte Ware dabei erzielt wird. Sie nachlässig ist oft die Aufbewahrung in Mieten und Kellern! Die deutschen Kartoffeln kommen mangelhaft sortiert und in einem Zustand auf den Markt, der die Käufer erschreckt. Anders etwa die holländischen. Sie sind sorgfältig sortiert und gut verpackt, ihre Haut ist schon glatt und unbeschädigt. Und da wundert man sich über schlechten Absatz der einheimischen Kartoffeln!

Die Butter nehmen wir als zweites Beispiel. Warum wird so viele ausländische Butter bei uns gegessen? Die Antwort ist einfach. Weil ihre Qualität erstklassig ist, wie der Zeit selbst zugehen muß, weil sie die meiste deutsche an Gehalt und Geschmack übertrifft. Die Vollerzeuger in Schleswig-Holstein haben die einzig richtige Lehre daraus gezogen, nämlich sie versuchen, eine an Qualität der dänischen gleichwertige Butter durch freiwillige schärfste Kontrolle zu gewinnen. Sie haben Erfolg. Das ist der beste Schutz gegen die Auslandskonkurrenz.

Wir wollen noch ein drittes Beispiel anführen zum Beweis heimischer Rückständigkeit. Nehmen wir unser deutsches Obst, das den Kampf aushalten muß gegen die Südrüchte und auch gegen das amerikanische Obst. Das letztere findet Käufer nicht wegen des besseren Geschmacks, darin ist das deutsche ihm meist überlegen, wohl aber wegen der besseren Sortierung, Verpackung und der ganzen Aufmachung. Die Menschen kaufen mit dem Auge.

Diese Fingerzeige genügen, um unserm Landvolke den manntagsfüllen und fruchtbringenden Gedanken der Selbsthilfe ans Herz zu legen. Der Vater Staat kann nicht in erster Linie für die Rentabilität der Landwirtschaft und für lohnenden Absatz ihrer Erzeugnisse sorgen. Das kann er nur in bescheidenem Umfang. Das meiste müssen die Bauern selbst tun. Der Reichsernährungsminister hatte recht, wenn er auf der Tagung des deutschen Landwirtschaftsrates in Darmstadt ausführte: Man mag Geschmacksrichtungen noch so sehr bedauern; unsere Landwirtschaft wird sich derartigen Strömungen anpassen, sich mehr als bisher auf die Wünsche des Verbrauchers, die Bedürfnisse des inneren Marktes einstellen müssen, und wenn sie es ihrer Natur und ihren Produktionsbedingungen nach auch nur allmählich und nur in beschränkter Grenzen kann, so darf sie sich doch diesen Notwendigkeiten nicht verschließen.

Nur sind ja schon erfolgreiche Versuche zur Verbesserung der Qualität der Agrarerzeugnisse gemacht worden. Diese Bestrebungen müssen aber bei der großen Masse der Bauern und Gärtner eine tatkräftige und freudige Nachahmung finden. Erfüllt so das deutsche Landvolk seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber den Verbrauchern, so wird jeder die Mehrzahl der deutschen Hausfrauen gerne den Mahnruf: „Kauft deutsche Lebensmittel“ befolgen.

**Eine Anschauungstagung des Gesamtverbandes der evangel. Arbeitervereine Deutschlands**

fand am 2. und 3. Juni in Wolfshagen (Harz) statt. Aus dem Bericht geht hervor, daß mehr als 1100 Arbeiter aus dem Arbeiterstand und nahezu 200 Pfarrer von der Kurztätigkeit erfaßt wurden. Der Gesamtverband hat sich entschieden in der Bekämpfung des Radikalismus und für das Gemeindebestimmungsrecht eingesetzt. Die Führerfrage wurde stark in den Vordergrund gestellt. Als Hauptträger sozialer Arbeit mußte die Arbeitererschaft erfaßt werden. Endziel der Bestrebungen müsse sein Standwerdung in der Volksgemeinschaft. Abgeordneter Dr. Koch berichtete über den Stand der Sozialpolitik. Der Verbandsgeschäftsführer über: „Die Notwendigkeit der Jugendbewegung.“ Auch über das Zusammenarbeiten mit den evang. Arbeiterinnenvereinen, dem Evang. Gesellenvereinen und der deutschen evang. Heimstätten-Gesellschaft wurden eingehende Erörterungen gepflogen.

**Tarifbewegung**

**Bezirk Bochum**

**Friede im Rheinisch-westfälischen Plattengewerbe.** Der Arbeitsvertrag und Akkordtarif für das Plattengewerbe im Rheinisch-westfälischen Industriegebiet hatte Gültigkeit bis zum 31. März 1926. Durch Schreiben vom 27. März d. J. machte die Vereinigung der Arbeitgeber im Plattengewerbe von Rheinland und Westfalen hierauf aufmerksam und bemerkte, daß sie die Vertreter der Organisationen der Plattengewerke nach den Oberstufen tagen zu Verhandlungen einladen wolle, und daß bis zum Abschluß eines neuen Vertrages die Mitglieder der Vereinigung die Bestimmungen des abgelaufenen Arbeitsvertrages befolgen und die bisherigen Akkordsätze weiter zur Auszahlung bringen würden.

Die beiden hier in Frage kommenden Bezirksleiter erklärten sich zu der in Aussicht genommenen Verhandlung bereit und ulti der Verlängerung des Lohn- und Akkordtarifs einverstanden.

Die ersten Verhandlungen kamen am 4. Mai zustande. Diese scheiterten aber, weil die Unternehmer den Abbau der Akkordpreise um 30 Prozent, den Wegfall der Ferien und eine erhebliche Kürzung der Zulagen bei auswärtigen Arbeiten forderten. In der Verhandlung am 4. Juni d. J. veränderten die Unternehmer ihr Angebot in etwa dadurch, daß sie sich mit einer Reduzierung der Akkordpreise um 15 Prozent zufrieden geben wollten, die beiden anderen Angebote (Ferien und Auslösung) hielten sie aber anrecht. Daher verließen auch diese Verhandlungen ergebnislos.

Durch Schreiben vom 9. Juni 1926 kündigte die Vereinigung der Arbeitgeber den Bezirksleitern an, daß für ihre Mitglieder ab 10. Juni 1926 die Löhne und Akkordpreise sowie Lohnzulagen in Betracht kämen, die in der Verhandlung vom 7. Juni d. J. die Arbeitgeber angeboten hätten. Gegen diese Maßnahmen protestierten die beiden Bezirksleiter und beizüglichen die Unternehmer des Tarifbruchs. Nach längerer Auseinandersetzung kam schließlich der Beschluß zustande, daß beide Parteien den Reichs- und Staatskommisnar anrufen und sich unter seiner Leitung zur Verhandlung stellen wollten.

Am 17. Juni 1926 fand dann die gewünschte Verhandlung unter der Leitung des Sekretärs des Reichs- und Staatskommisnars, Herrn Klostermann, statt,

die durch einen Schiedsspruch zum Abschluß kam. Nach diesem Schiedsspruch sollten die bisherigen Lohn- und Akkordpreise bis zum 31. Oktober 1926 verlängert werden. Die Arbeitgeber lehnten diesen Schiedsspruch ab. Darauf beschloßen die Plattenleger, von Montag, den 28. Juni, ab in den allgemeinen Streik zu treten.

Kaum hatte der Streik ein paar Tage gedauert, da ließen die Unternehmer schon zum Reichskommissar und baten ihn um eine nochmalige Verhandlung. Diese Verhandlung fand am 3. Juli statt und endete mit einem neuen Schiedsspruch, wonach der bisherige Arbeitsvertrag und Akkordtarif bis zum 31. März 1927 verlängert und von da ab mit einmonatiger Frist jeweils zum Monatsende gekündigt werden kann.

Auch diesen Schiedsspruch lehnten die Unternehmer ab, weil sie den bisherigen Tarif nur bis zum 30. September d. J. verlängern wollten.

Darauf beantragten die Bezirksleiter den Schiedsspruch für rechtsverbindlich zu erklären. Bereits am 6. Juli 1926 fand unter der Leitung des Herrn Reichs- und Staatskommissars Mehlisch die übliche Nachverhandlung statt. Nach langer, schwieriger Verhandlung kam schließlich folgende Vereinbarung zustande: Der Schiedsspruch vom 3. Juli 1926 wird anerkannt. Die Arbeit wird Mittwoch, den 7. Juli 1926, wieder aufgenommen. Soweit mit bisher festgestellten konnten, ist diese Vereinbarung überall durchgeführt worden.

Wenn es gelungen ist, die Plattenleger vor einer Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie dem Fortfall der Ferien zu bewahren, dann verdanken sie dieses einzig und allein ihrer Organisation. Daher sollten sie nur auch dankbar sein und dafür sorgen, daß ihre Berufsorganisation immer mehr gestärkt und nach innen und außen ausgebaut wird.

### Rus dem Verbandsleben

**Glöckbach.** Am 19. Juni fand hier eine äußerst gut besuchte Versammlung der Ortsgruppe statt. Nachdem der Vorsitzende die erschienenen Mitglieder begrüßt hatte, erteilte er Kollege E. Weber (Zitlich) das Wort, der folgendes ausführte: „Das, was wir im Frühjahr erhofft haben, hat sich leider nicht verwirklicht. Die Konjunktur im Baugewerbe läßt noch viel zu wünschen übrig. Überall wird geklagt über die Geldknappheit, die das Bauen ungeheuer erschwert. Obwohl in der Stadt Kemnath zurzeit eine große Bautätigkeit herrscht, wird in den Gemeinden des Kreises so gut wie gar nichts gebaut. Hier ist man nur auf die Hauszinssteuerhypothek angewiesen. Nun werden aber von 300 gefällten Anträgen für Hauszinssteuerhypothek nur 120 bewilligt. Für den Rest reichen leider die Gelder nicht mehr. Bekannt ist, daß der Wohnungsbau nur durch öffentliche Mittel in Gang gehalten werden kann. Während in früheren Jahren die Bautätigkeit im März ihren Anfang nahm, sind jetzt, wo wir Hochsommer haben, noch 30 Prozent der Bauarbeiter ohne Arbeit. Fürwahr ein trauriges Zeichen. Aus dieser Not machen heute viele Bauunternehmer eine Jugendb. Sommer wieder wird von ihnen versucht, den bestehenden Lohn zu kürzen. Obwohl das Zentralschiedsgericht in Berlin am 27. Mai den gesamten Lohn um 2 Prozent gekürzt hat, wollen sie den Lohn sogar um 20 Prozent vermindern. Sie bekamen, ist der Lohn der Bauarbeiter für den Bezirk Rheinland tariflich geregelt. Es erhalten bis zum 30. September die Maurer 1,11 Mark, und die Bauhilfsarbeiter 91 Pf. pro Arbeitsstunde. Die Mitglieder werden gebeten, wenn irgendein Lohnabbau bekannt wird, dies sofort ihrer Organisation zu unterbreiten, damit diese durch Entzüge des Arbeitsgerichts Abhilfe schafft. Nachherlich wurden in letzter Zeit mehrere Unternnehmer deshalb verklagt und mußten mitunter den Lohn von mehreren Wochen nachzahlen.“

Zudem befahte sich der Redner eingehend mit dem Achtundtagsstreik. Es liegt im Interesse der Mitglieder, auf der Arbeitsstelle stets dafür einzutreten, daß der Achtundtagsstreik beibehalten wird, zumal noch 30 Prozent der Berufscollegen ohne Arbeit sind. Nach dem Bericht über die Verwaltungskongressen, am 6. Juni in Andernach erläuterten sich alle Mitglieder mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden. Besonders gegen die dort erwähnte Schwarzarbeit seitens der erwerbslosen Maurer müsse sich entschieden gewandt werden; denn die Schwarzarbeit bedeutet für uns nichts anderes als Druck auf den Tariflohn. Als Vertreter der christlichen Bauarbeiterorganisation im Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises wurde Kollege J. Biedt (Glöckbach) an dritter Stelle in die Vorschlagsliste eingetragen. — Der außerordentliche Verbandstag in Barmen am 2. April hat u. a. eine Änderung der Verbandsunterstützung beschloßen. Die Regelung der Unterstützung wurde vom Hauptvorstand als Satzungsantrag gedruckt und den Mitgliedern zur Kenntnis unterbreitet. — Der Bezirksbeitrag, so wurde einstimmig beschloßen, wird um 3 Prozent aus der Totalliste erhöht. — Unter Organisationsaspekten wurden alle Mitglieder aufgefordert, ihre Verbandsbücher zwecks Kontrolle an den Hauskassierer abzugeben. Mit dem Schlusswort des Vorsitzenden, in Zukunft maßgebend für den Ausbau des christlichen Bauarbeiterverbandes einzutreten, erzielte die überaus interessante und lehrreiche Versammlung um 12 Uhr ihr Ende.

**Hammer.** Am 1. Juli fand eine außerordentliche Versammlung der Hammerer statt. Seit langem war das Bestreben im Gange, der Gruppe ihrer Eigenart wegen die Selbstständigkeit zu geben. Die Wahl des Vorstandes ergab: Rudolf Bergmann, 1. Vorsitzender; Oswald Försting, 2. Vorsitzender; Herbert Försting jun., Schriftführer. Sodann hielt der Kollege Junbrod einen interessanten Vortrag über die geschichtliche Entwicklung der christlichen Hammererorganisation. Anhangs waren die christlichen Hammerer trials im Holzarbeiterverband, welche im Bauarbeiterverband organisiert. Im Jahre 1904 erfolgte durch Konvention, Beschluß der Reichs- an-

den christlichen Bauarbeiterverband. Es wurde beschloßen, in nächster Zeit eine Reorganisation der im Bau befindlichen Schluße in Andernach vorzunehmen. Mit dem Voratz, im alten Geiste wieder mitzuarbeiten, erfolgte Schluß der Versammlung um 10 1/2 Uhr.

**Leutesdorf.** Die Ortsgruppe hielt am 5. Juni die fällige Monatsversammlung ab. Einleitend berichtete Kollege E. Weber über die zentrale Lohnerhandlung und den Barmen Verbandstag. Als Vertreter der christlichen Bauarbeiterorganisation im Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises wurde Koll. J. Sohn sen. (Leutesdorf) in die Vorschlagsliste eingetragen. Unter Organisationsaspekten wurde der Hauskassierer beauftragt, umgehend alle Mitgliedsbücher einzusammeln. In der Versammlung wurden wiederholt Klagen laut über das unsoziale Verhalten mehrerer Kollegen, die auf den Baustellen 10 und noch mehr Stunden arbeiten, während noch sehr viele Berufskollegen von hier außer Arbeit sind. Es wird gefordert, sich nachdrücklich beim Kreisaußschuß dafür einzusetzen, bei den kommenden Bauvergebrungen in erster Linie die Bauarbeiter aus dem hiesigen Kreise bei etwaiger Einstellung zu berücksichtigen. Am Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende alle Kollegen, doch immer auf die Notwendigkeit der gewerblichen Organisation hinzuweisen und allseitig ihre volle aktive Mitarbeit dem christlichen Bauarbeiterverband zu gewähren. Mit dem Versprechen, sich am Sonntagmorgen in der Verwaltungsstellenversammlung in Andernach zahlreich einzufinden, trennte man sich.

## Polier- und Schachtmeisterbewegung

### Die westdeutschen Poliere zur Organisationsfrage

Eine kürzlich in Düsseldorf abgehaltene Polierkonferenz unseres Verbandes nahm zur Organisationsfrage der Poliere und Schachtmeister wie folgt Stellung:

„Die in Düsseldorf im Paulushaus tagende Polierkonferenz beauftragt den Hauptvorstand, beim Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften dahin zu wirken, daß die Agitation des Deutschen Werkmeisterbundes unter den Polieren und Schachtmeistern, die in der Reichsvereinigung der Poliere, Bert- und Schachtmeister organisiert sind, unterbleibt. Die Poliere und Schachtmeister der Reichsvereinigung erblicken in ihrer Organisation die richtige Vertretung und erwarten, daß alles getan wird, damit die Reichsvereinigung wieder zu den Tarifverhandlungen zugelassen wird.“

## Jugendbewegung

### Bannerweihe in Münster i. W.

Die Jugendgruppe der Verwaltungsstelle Münster hat in der letzten Zeit erhebliche Fortschritte gemacht, so daß ihre Mitgliederzahl 60 überschritten hat. Aus Anlaß der 25jährigen Jubelfeier der Verwaltungsstelle Münster am 26. und 27. Juni wurde derselben eine Standarte überreicht. Da die Redebeide des Bezirksleiters, Kollegen Müller, grundsätzliche Bedeutung hat, lassen wir sie wörtlich folgen:

„Meine lieben jungen Freunde! Die heutige Jubelfeier darf nicht vorübergehen, ohne unserer Jugend ein besonderes Symbol zu weihen und zu überreichen.“

Jede Bewegung, die Bestand haben will, muß auch die Jugend umfassen. So besteht auch, da die Verwaltungsstelle Münster auf einer recht gesunden Grundlage aufgebaut ist, eine Jugendgruppe innerhalb derselben. Zeigt die Heftigkeit an, daß diese Jugendgruppe 47 Mitglieder umfaßt, so kann ich heute mitteilen, daß sie die Zahl 60 überschritten hat. Sie sehen, wie der Samen, der durch unsere Jubilare ausgesät wurde, nach 25 Jahren so brüchig in unserer Jugend Wurzel geschlagen hat. — Die Jugend ist stürmisch, ist hoffnungsfreudig, ist empfänglich für alles Gute und Edle; es muß nur gewandt und zur Entfaltung gebracht werden in der Gemeinschaft der Gleichgesinnten und Gleichstrebenden. Sie bedarf dazu eines Symbols. Dieses ist geschaffen in einer Standarte.

Diese Standarte soll euch als Sinnbild der gemeinsamen Idee, des gemeinsamen Zieles, der gemeinsamen Arbeit und des gemeinsamen Kampfes um eure christlichen Ideale stets vorantreiben.

Diese Standarte ist geschaffen durch eigene Arbeit von Mitgliedern des Verbandes und ihren Familienangehörigen.

Der Untergrund ist grün, das Sinnbild der Hoffnung, so recht passend für die hoffnungsfreudige jugendlicher Herzen.

Die Jahreszeit zeigt goldene Schrift. Das Gold verjüngt die Jahre zur Bereinigung, für die sie geschaffen ist. Mögen daher unsere Jugendgruppen und ihre einzelnen Mitglieder ihr ganzes Leben hindurch dem christlichen Bauarbeiterverbande die Treue wahren und überall für ihn kämpfen!

Die Rückseite der Standarte zeigt das Wappen der Stadt Münster. Damit wird angezeigt, daß die Mitglieder unserer Jugendgruppe sich nicht nur als Angehörige des Arbeiterstandes, sondern auch als Bürger der Stadt fühlen, die gemeinsam mit den übrigen Ständen der Bürgerstadt für das Wohl unserer lieben Heimatstadt Münster wirken wollen. Bürgerstolz im edelsten Sinne soll daher in der Jugendgruppe neben der Berufs- und Standesbegehrte gepflegt werden.

Und nun weise ich hiermit die Standarte als Banner für unsere christliche Bauarbeiterjugend.

Haltet dieses Banner stets hoch in Ehren, jorgt, meine lieben jungen Freunde, dafür, daß niemand, der zu eurer Gruppe gehört, dieses euer Banner durch eine schlechte Tat beschmutzt.

So reist, wie ihr diese Standarte jetzt empfangt, so rein muß eure Liebe zu unserem Stande sein, so rein muß das Solidaritätsgefühl und eure Standesbegehr sich in euren Reihen auswirken, und so rein müßt ihr die christlichen Ideale in euren Herzen stets bewahren. Möge diese Standarte euch stets daran mahnen, daß, je sittenreiner ihr eure Jugend verbringt, desto mehr ihr nachher als erwachsene Männer befähigt seid, im öffentlichen Leben die Interessen des Arbeiterstandes zu wahren. Wendet euch stets gegen schmutzige Poter auf den Arbeitsstellen, die die Ehre eurer Mütter und Schwestern herabwürdigten.

Denkt daran, daß die Standarte euch stets als Symbol der Reinheit und Ueberzeugungstreue vorantreiben soll. Haltet sie hoch in Ehren durch eure Lebensweise und durch eure Tätigkeit.

In diesem Sinne überreichte ich hiermit die Standarte mit dem Wunsche, daß sie euch, meine liebe christliche Bauarbeiterjugend, stets neue Kraft gebe, wenn die Zeiten besonders schwer sind, und daß ihr unter ihrem Zeichen die Gruppe so stark ausbaut, daß wir in weiteren 25 Jahren sagen können, alles, was sich in dieser Zeit an jugendlichen Menschen in das Baugewerbe begeben hat, hat sich stets um unsere Standarte gesammelt und für die christlichen Ideale gekämpft. Mit jugendlicher Begeisterung kämpft unter dem euch überreichten Banner für die Erstarkung des christlichen Bauarbeiterverbandes!“

Der Vorsitzende der Jugendgruppe, Kollege Weirich, nahm die Standarte in Empfang und legte dabei vor der großen Festversammlung im Namen der christlichen Bauarbeiterjugend das Gelöbnis ab, daß diese im Sinne der Ausführungen des Koll. Müller stets für die Ziele der Jugend und unseres Verbandes kämpfen will.

Mögen auch in den anderen Verwaltungsstellen des Bezirks und des Verbandes die Jugendgruppen sich ähnlich wie in Münster entfalten, so daß auch diesen von ihren Verwaltungsstellen bald ein sichtbares Symbol für ihre Ziele und für ihr Streben überreicht werden kann. Kollegen, alleorts, werbet kräftig für die Jugend, und verheißt vor allen Dingen unseren Lehrlingen durch eure Mitarbeit dazu, daß sie in ihrer Lehrzeit zu tüchtigen Gesellen ausgebildet werden.

### Reichsjugendtreffen der christlichen Gewerkschaften in Essen!

Am Sonntag, den 5. September 1926, findet in Essen ein Reichsjugendtreffen der christlichen Gewerkschaften statt. Nach den Gottesdiensten für die katholischen und evangelischen Teilnehmer beginnt um 11 Uhr vormittags eine große Kundgebung im Saalbau, in der die brennendsten Gegenwartsfragen der werktätigen Jugend behandelt werden. Nachmittags sind Freilichtaufführungen, turnerische und musikalische Darbietungen sowie Jugendspiele im Stadtwald.

Daran schließen sich am Montag, den 6. September, Beratungen der Jugenddelegierten aller christlichen Berufsverbände an über die Stellung der christlichen Gewerkschaftsjugend zur Jugendbewegung, zu den konfessionellen Jugend- und Standesvereinen sowie zu den Problemen der Arbeits- und Freizeit, Erwerbslosigkeit, Berufsausbildung und Berufsschule. Nach den bisherigen Vorbereitungen zu schließen, wird der 5. September ein machtvoller Ausdruck des vorwärtsstrebenden Willens der christlichen Gewerkschaftsjugend Deutschlands werden.

## Sterbetafel

Am 30. Juni starb infolge Magenkrankheit unser treuer Kollege, der Maurer **Josef Achilles** aus Besseln im Alter von 61 Jahren. Seit 1910 war der Verstorbenen ein rühriges Mitglied und langjähriger Vertrauensmann.

Verwaltungsstelle **Hildesheim**.

Am 3. Juli verschied unser lieber junger Kollege **Wilhelm Gerhart** aus Riederhausen im 18. Lebensjahre infolge Herzschlags.

Ortsgruppe **Rosheim b. Münster a. St.**

Ehre ihrem Andenken!

## Achtung, Cigarrenraucher!

Sie haben wieder die direkten Lieferungen an die Ortsgruppen, aber auch an sämtliche Einzel-Mitglieder aufgenommen und geben trotz der gewaltigen Zollerschöpfung unsere **erstaunlichen Ueberseefabrikate** zu den einzig dastehenden Preisen ab:

- Savana-Cigarillos . . . 100 Stück-Packung à 3 Pf.
- Progresso — Rosilla . . . 100 . . . à 4 . . .
- Magnet, 9 Pf. schwer . . . 50 . . . à 5 . . .
- Portia — Groß Gott — Hausmarke 50 St.-Packg. à 6 . . .
- Hochleistung . . . 50 Stück-Packung à 7 . . .
- Mittelpunkt — Unfortiert . . . 50 . . . à 8 . . .
- Reißerjacke — In Erwartung — Kostbarkeit ddo. à 10 . . .
- Edelgut — Weißer Rabe . . . 50 Stück-Packung à 12 . . .
- Aurelia-Oriental . . . 50 . . . à 15 . . .
- Der's Kaiser f. jede Pfeife . . . per 100 g 20 . . .
- Der's Gold Schag ddo. . . per 100 g 25 . . .
- Der's Sorgenlöser . . . per 1/2 Pf. 60 . . .

Franko: ab **4 20.-**, von **4 50.-** an Verkaufsprorogate, bei Nachnahme 3 Prozent extra, oder bei 30 Tagen Jule netto.

Machen Sie im eigenen Interesse einen Versuch durch Aufgabe einer Probebestellung. Nichtgefallendes wird stets unter sämtlichen Kosten gutgeschrieben, darum ist jedes Risiko ausgeschlossen. Ausführliche Preisliste gratis und franko.

— Unser Name bürgt für eine reelle Bedienung. —

**Bender & Kleinagel, Cigarren- u. Tabakfabriken, Reutlingen-Gelbergh.**